Wälder in der Klimakrise 10 Forderungen des BN



In Bayern und Deutschland sind die Wälder am stärksten von der Klimakrise betroffen: In Folge der anhaltenden Trockenheit und Hitze der letzten Jahre hat sich die Situation dramatisch zugespitzt. Wälder und Waldböden sind ausgedorrt. Die Bäume wurden schon in der Vergangenheit durch Luftschadstoffe und durch Überdüngung aus der Luft geschwächt. Waldbrände, Stürme und Massenvermehrungen von Borkenkäfer lassen in der Folge ganze Waldbestände aus Fichten- und Kiefern zusammenbrechen. Diese naturfernen Nadelholzforsten sind besonders anfällig für Stürme und für Waldbrände in Trockenperioden und sie bieten den idealen Nährboden für die Massenvermehrung von Insekten (s. Abb. 1, 2). Naturnahe Laubmischwälder sind dagegen viel widerstandsfähiger als Nadelholz-Monokulturen. Doch auch Buchen sind auf bestimmten Standorten durch den Klimastress in ihrer Vitalität so geschwächt, dass die Bäume ihr Laub frühzeitig abwerfen oder gar absterben. Es droht ein "Waldsterben 2.0".

Der BN fordert angesichts absterbender Waldbestände in vielen Regionen Deutschland endlich wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die Klimakrise und das Waldsterben 2.0 zu stoppen, um die Wälder möglichst fit zu machen, damit sie die Klimakrise überstehen und die vielen wichtigen Ökosystemdienstleistungen auch weiterhin erbringen können.

Der BN stellt zehn Forderungen an die Entscheider*innen in Politik, Forstwirtschaft und Jagd.

1. Wälder - Opfer und Retter der Klimakrise? Waldsterben 2.0 durch wirksame Klimaschutzmaßnahmen stoppen

Die Landesregierung und die Abgeordneten des bayerischen Landtags, des Bundestags und des Europaparlaments müssen endlich rascher und konsequenter überfällige Beschlüsse zum Schutz des Klimas herbeiführen, um das Waldsterben 2.0 zu stoppen. Dies ist umso dringender, weil viele Wälder Bayerns naturfern und wenig klimaresilient sind. Dazu gehört eine umwelt- und sozialverträgliche CO₂-Abgabe ebenso, wie ein umfassende sektorspezifische Maßnahmenpakete, um die CO₂-Emissionen schnell und deutlich zu senken. Politiker*innen auf Landes-, Bundes- und Europaebene müssen mit gutem Beispiel vorangehen und umgehend wirkungsvolle Klimaschutzmaßnahmen beschließen. Es werden endlich mutige Entscheidungen zum Schutz des Klimas gebraucht, auch auf globaler Ebene, damit die von Bayern, Deutschland und der EU beschlossene Klimaneutralität erreicht wird. Dies bedeutet, dass nur so viel an CO₂ emittiert werden

darf, wie auch hierzulande in Senken zusätzlich gespeichert werden kann. Von allen Landnutzungssektoren sind Deutschlands Wälder aktuell die einzige Nettosenke. Mit den aktuellen Zahlen aus dem Jahr 2022 würde eine CO₂-Neutralität bedeuten, dass wir die CO₂-Emissionen von gesamt 750 Mio. Tonnen um etwa 95 Prozent reduzieren müssten, weil die Wälder mit ihrer aktuellen Nettosenkenleistung etwa 43 Mio. Tonnen pro Jahr aufnehmen können. Dies bedeutet, dass nicht nur CO₂-Emissionen massiv zurückgefahren werden müssen, sondern dass die Senkenleistung der Wälder gestärkt werden muss und die anderen Landnutzungstypen (LULUCF-Sektor) von CO₂-Quellen wieder in CO₂-Senken umgewandelt werden müssen.



Abbildung 1: Die Klimakrise hat letztlich zu 10.000 Hektar an Kahlflächen im Frankenwald geführt. Etwa ¼ des Frankenwaldes ist abgestorben (Foto: Ralf Straußberger, Landkreis Kronach, 2022). Dieses Horrorszenario droht in erster Linie vielen Fichten- und Kiefern, aber auch Laubwälder sind bei forstschreitender Klimaerwärmung betroffen.



Abbildung 2: Die Kiefer ist neben der Fichte am stärksten von Absterbeerscheinungen betroffen. Die stärksten Ausfällen gibt es in warmtrockenen Gebieten und auf tongründigen Standorten wie in Rohr, Landkreis Roth (Foto: Eric Deyerler, 2022).

2. Waldumbau von Nadelforsten zu Laubmischwäldern vorantreiben

Angesichts der Klimakrise ist ein umfassender Umbau der naturfernen Fichten- und Kiefernforsten hin zu naturnahen Laubmischwäldern dringender geboten denn je und sollte dementsprechend mit Vorrang vorangetrieben werden (s. Abb. 3). Die positiven Waldumbauprojekte ("Zukunftswälder"), die vor Jahrzehnten in Staatswäldern wie dem Nürnberger Reichswald oder im Fichtelgebirge schon vorbildhaft begonnen wurden, sind deutlich zu verstärken und verbreitet umzusetzen. Bei diesem Umbau müssen einheimische Laubbäume wie die zentrale Rolle spielen. Vor allem die Schattbaumarten Buche, Hainbuche und Linde sind wichtig, weil sie Schatten und Kühle in die Wälder bringen. Mit einem breiten Spektrum an Arten und genetischer Vielfalt kommen die heimischen Baumarten gerade in Mischung mit den



Abbildung 3: Unter dem Schirm der Fichten lassen sich Buchenverjüngung sehr gut nachziehe Foto: Wolfgang Schödel

unterschiedlichsten Bedingungen zurecht. Insbesondere im Bergwald und in niederschlagsreicheren Regionen ist die Weißtanne als heimische Art zu fördern (s. Abb. 4). Mit ihren tiefen Wurzeln kann sie zudem Stürmen und Trockenperioden besser standhalten als die Fichte. Oft reichen schon vereinzelt beimischte Samenbäume für eine entsprechend hohe Mischbaumartenanteil in der nächsten Waldgeneration aus. Dies muss i.d.R. vor allem auch durch jagdliche Maßnahmen sichergestellt werden (vgl. Nr. 3).



Abbildung 4: Tannenreiche Mischwaldverjüngung im Forstbetrieb Neureichenau (Foto Ralf Straußberger, 2023) durch vorbildliche Umsetzung Wald vor Wild im Staatswald.

Nadelhölzer wie Kiefer oder Fichte dürfen nicht mehr in Monokultur, sondern nur noch gruppenweise oder in Beimischung angebaut werden. Deren Anbau sollte auch nicht mehr finanziell gefördert werden. Auf das künstliche Einbringen nichtstandortheimischer Baumarten ist aus

Naturschutzgründen zu verzichten. Exotische Baumarten wie Douglasie, Küstentanne oder Roteiche bieten vielen heimischen Arten keinen Lebensraum.



Abbildung 5: Erfolgreiche Tannensaaten und -pflanzungen im Stadtwald Bamberg (Foto Ralf Straußberger, 2019). Die Weißtanne als "neue" klimaresiliente Baumart im Fichtenwald: Von null auf hundert – ohne Zaun!

Für den Anbau dieser Baumarten besteht so ein erhebliches ökologisches Risiko (auch durch Verdrängung heimsicher Arten bzw. Invasivität) und sie sind i.d.R. nicht klimaresilienter als heimische Arten. Douglasien zeigen zudem bereits jetzt, dass sie ebenso wie die Fichte anfällig für Trockenstress sind und auch von Borkenkäfern wie dem Kupferstecher zum Absterben gebracht werden. Wenn die nächste Waldgeneration aus klimaresilienten heimischen Baumarten auf den Weg gebracht wird, kann dies helfen, die labilen Nadelholzforste zu stabilisieren. Sie helfen zwar nicht kurzfristig die Klimakrise zu begrenzen, können aber die CO₂-Speicherfähigkeit der Wälder stabilisieren und langfristig sogar erhöhen.

Zudem ist vorrangig ein natürlicher Aufwuchs geeigneter Baumarten anzustreben. Dieser hat den Vorteil, dass er angesichts der zunehmenden Trockenheit nicht so leicht austrocknet, deutlich höhere Überlebenschancen hat. Wegen sehr viel höheren Pflanzenzahlen ist der natürliche Aufwuchs genetisch breiter aufgestellt und kann sich leichter an veränderte Umweltbedingungen anpassen. So lassen sich in Kiefernwäldern mit Eichen-Naturverjüngungen bzw. in Fichtenwäldern mit Tannen-Naturverjüngungen sehr gute Erfolge erreichen, selbst nur vereinzelt Samenbäume vorhanden sind.

3. Wald vor Wild

Die Forstliche Gutachten aus dem Jahr 2021 belegt, dass in Bayern in 50 Prozent der 750 Hegegemeinschaften die Verbissbelastung immer noch zu hoch ist. Viele Baumarten können nicht natürlich aufwachsen, weil sie von den zu vielen Rehen, Hirschen oder Gemsen gefressen werden. Es ist alarmierend, dass es in über 80 Prozent der Hegegemeinschaften seit 2009 keine durchgängig tragbare Verbissbelastung gab, die die jungen Bäumchen zum Aufwachsen brauchen. Vor allem in Nordbayern, wo die Wälder stärker unter Hitze und Dürre leiden, ist der Verbiss besonders hoch, während es im Bergwald gewisse Verbesserungen gibt.

Dabei sind die gesetzlichen Ziele klar definiert. Der Grundsatz "Wald vor Wild" (Art. 1, Abs. 2, Nr. 2 BayWaldG) legt fest, dass Waldökosystem als Ganzes Vorrang hat vor Jagdinteressen. Das Waldverjüngungsziel (BayJG Art. 1 Abs. 2 Nr.3) konkretisiert die Umsetzung, wonach die Bejagung insbesondere die natürliche Verjüngung der standortgemäßen Baumarten im Wesentlichen ohne Schutzmaßnahmen ermöglichen soll. Daraus folgt, dass entsprechend der forstlichen Vegetationsgutachten die Bestände von Reh-, Rot- und Gamswild jagdlich so anzupassen sind, dass die Wälder sich erneuern



Abbildung 6: Stark verbissene Weißtannen können nicht aufwachsen und fallen in Verjüngung aus Foto: Wolfgang Schödel

können. Viele Beispiele aus verschiedenen Regionen Bayerns zeigen, dass durch eine effektive Bejagung des genannten Schalenwildes eine erfolgreiche natürliche Verjüngung und Wiederaufforstung von Laubbäumen und Tanne ohne Zaun oder Einzelschutz möglich ist (s. Abb. 3, 4, 5) – überall in Bayern. Andererseits sind in sehr vielen Jagdrevieren die "Hausaufgaben" noch nicht gemacht: die Bestände sind noch zu reduzieren. Der Schutz der Waldökosysteme muss Vorrang bekommen vor Jagdinteressen. Es kann nicht sein, dass jahrelange Bemühungen von engagierten Waldbesitzer*innen und Förster*innen, junge Laubbäume und Weißtannen in den oft reinen Fichtenund Kiefernwäldern hochzubringen, wegen Versäumnissen bei der Jagd scheitern. Die Verpflichtung zur Reduktion überhöhter Schalenwildbestände gilt insbesondere für die Bayerischen Staatsforste, da diese u. a. für die vorbildliche Bewirtschaftung des Staatswaldes verantwortlich sind (Art. 18, Abs. 1, Satz 1 BayWaldG). Seit vielen Jahren weisen die amtlichen Vegetationsgutachten für große Staatswaldteile einen waldvernichtenden Wildverbiss aus (s. Abb. 6). Oft in Gebieten mit Rotwildvorkommen (s. Abb. 7), wie z.B. in den BaySF-Forstbetrieben im Spessart oder im Gebirge von Oberammergau bis Bad Tölz. Nach Auffassung des BN ist dies ein Skandal, auch weil eine grundlegende Besserung nicht in Aussicht ist.

Der BN appelliert an Waldbesitzer*innen und Jäger*innen durch eine verstärkte Bejagung für waldverträgliche Wildbestände zu sorgen. Die Wälder brauchen in der Klimakrise mehr Unterstützung durch die Jagd. Der BN sieht aber vor allem die Jagdbehörden in der Pflicht, im Verbund mit den Forstbehörden dafür zu sorgen, dass gesetzliche Vorgaben eingehalten werden. Die bisherige Sichtweise, dass sich i.d.R. nur die Waldbesitzer als Betroffene darum kümmern müssen höhere Abschüsse zu fordern und durchzusetzen, muss geändert werden. Diese Sichtweise, dass Betroffene sich um die Einhaltung und Durchsetzung der Gesetze zu kümmern haben, während Staat und Behörden "zusehen", wäre in anderen Rechtsbereichen undenkbar! Dies bedeutet, dass die Abschussplanung konsequenter an den Vegetationsgutachten auszurichten ist.



Abbildung 7: Bonsaibuchen im Forstbetrieb Rothenbuch der BaySF (Foto: Michael Kunkel, 2017)

Dies betrifft v.a. die nicht gesetzeskonformen Abschussplanvorschläge. Dazu braucht es für alle Jagdreviere spezifische Aussagen zum Verbiss der jungen Bäumchen. Zum anderen muss die Umsetzung der Abschussplanung kontrolliert werden. Dies ist im Sinne eines effizienten Verwaltungshandelns vor allem dort unumgänglich, wo in Jagdrevieren bzw. Hegegemeinschaften seit Jahren und Jahrzehnten wiederholt gesetzliche Ziele nicht eingehalten werden ("rote" bzw. "dauerrote" Jagdreviere und Hegegemeinschaften). In Jagdrevieren mit dauerhaft kritischer Verbissbelastung erfordert dies einen

körperlichen Nachweis und oftmals eine deutliche Abschusserhöhung. Dies gebietet auch der gesetzlich festgeschriebene Vorrang der Wälder und seiner Gemeinwohlfunktionen vor privaten Jagdinteressen. Denn der Fortbestand der Wälder und deren unersetzlichen Gemeinwohlleistung, ob für den Klima-, Erosions- und Trinkwasserschutz, müssen dauerhaft gesichert werden.

4. Im Klimaspeicher Staatswald muss Gemeinwohl Vorrang bekommen

Der BN begrüßt die Ankündigung von Ministerpräsident Markus Söder aus dem Jahr 2019, dass der Staatswald ökologischer ausgerichtet und Klimaspeicher werden soll ("Klimawald"). Die Klimakrise macht eine Neuausrichtung der Bayerischen Staatsforsten überfällig, wozu der BN bereits viele Maßnahmen vorgeschlagen hat. Dazu gehören eine naturverträglichere Waldnutzung, eine waldverträgliche Jagdpolitik und mehr Naturwälder mit Nationalpark Steigerwald und Biosphärenreservat Spessart. Mehr naturnahe, biomassereiche Wälder mit vielen alten Bäume und intakten Waldböden sind bessere Kohlenstoffspeicher. Um die Folgen der Klimakrise für Wälder zu begrenzen, ist mehr Personal im Staatswald erforderlich. Es ist daher zwingend notwendig, erhebliche Finanzmittel für mehr Forstpersonal in den staatlichen Wäldern bereitzustellen. Der Stellenabbau in den Staatsforsten rächt sich zum Beispiel dann, wenn es an Forstpersonal fehlt, um den Befall von Bäumen mit Borkenkäfern frühzeitig zu erkennen. Insbesondere für die Kernaufgaben naturverträgliche Waldwirtschaft, Waldumbau und waldangepasste Jagd ist zusätzliches, gut qualifiziertes Forstpersonal im Wald unabdingbar (s. Abb. 8). Der BN fordert, dass die Entscheidung des Ministerpräsidenten aus 2019 die Leitlinien für die Staatswaldbewirtschaftung zu ändern, auch im Waldgesetz verankert werden muss. Um dem geänderten Schutzempfinden und der immensen Bedeutung der Staatswälder für die Schutz- und Erholungsfunktionen Rechnung zu tragen, soll in den Waldgesetzen ein Vorrang für Erfüllung der Gemeinwohlleistungen festgeschrieben werden. Die Leistungen des Staatswaldes für das Gemeinwohl müssen unabhängig von schwankenden Holzpreisen aus dem Staatshaushalt finanziert und erbracht werden.



Abbildung 8: Das erfolgreiche Aufwachsen von tannenreichen Mischwäldern, wie hier im BaySF-Forstbetrieb Berchtesgaden, erfordert großes Engagement und personellen Einsatz bei der Jagd und eine entsprechende Lichtsteuerung d.h. Reduktion der Hiebssätze, damit diese Verjüngung auch aufwachsen kann (Foto: Ralf Straußberger, 2022)

5. Mehr Förster*innen unterstützen Waldbesitzer und Kommunen beim Waldumbau

Waldbesitzer*innen und Kommunen, die die labile Nadelholzforste bewirtschaften, müssen von der Forstverwaltung intensiv beraten und gefördert werden, damit sie einen Waldumbau hin zu naturnahen Laubmischwäldern auf den Weg bringen können (s. Abb. 9). Dazu muss das durch die Forstreform stark reduzierte Forstpersonal deutlich aufgestockt werden.



Abbildung 9: Privatwaldberatung muss intensiviert werden (Foto: BN Archiv)

Die Forstverwaltung muss allen Jagdgenossenschaften Vorträge und Beratung zum Thema "Waldwirtschaft in der Klimakrise" anbieten. Waldbesitzer sollen unbürokratisch finanziell für Leistungen, die dem Gemeinwohl dienen, unterstützt werden. Die Gesellschaft muss Waldbesitzer*innen darin unterstützen, durch den Waldumbau ihrer Verantwortung für die Zukunft unserer Wälder mit ihren unersetzbaren ökosystemaren Leistungen gerecht zu werden.

6. Waldflächen nach Extremereignissen schonend behandeln

Flächen, auf denen Waldbrände, Stürme oder Massenvermehrungen stattgefunden haben, sind nach dem modernsten Stand der Wissenschaft so zu behandeln, dass die CO₂-Speicherfähigkeit, die Bodenfruchtbarkeit und die Feuchtigkeit erhalten bleiben. Sie sind daher nicht oder nur eingeschränkt abzuräumen und mit der Zielstellung eines naturnahen Laubmischwaldes wieder zu bestocken. Soweit möglich soll auch eine natürliche Sukzession zugelassen werden. In der aktuellen Praxis finden oft Flächenräumungen und flächige Befahrungen statt (s. Abb. 10), was teilweise sogar finanziell gefördert wird.



Abbildung 10: Oft werden Sturm- und Schadensfläche wie hier im Landkreis Freyung-Grafenau nahezu vollständig geräumt und befahren. Ohne Altbäume, ohne Biomasse und mit oft flächig durch Befahrung gestörtem Böden hat es der neue Aufwuchs schwer. Schutzfunktionen wie Kohlenstoffspeicherung, Wasserrückhalt und Landschaftskühlung können kaum mehr erfüllt werden (Foto: Klaus Leidorf, 2019)

7. Begiftungen von Wäldern unterlassen

Begiftungen von Wäldern per Hubschrauber gegen Massenvermehrungen von Schmetterlingsraupen und anderen Insekten sind nach den aktuellen gesetzlichen Vorgaben nur möglich, wenn eine Bestandsgefährdung gegeben ist. Das umfangreiche Forschungsprojekt Z073 zum Schwammspinnerbefall in den Jahren 2019 - 2021 zeigt, dass bei Verzicht einer Begiftung der teilweise stark befressenen bis kahlgefressenen Eichen nur eine geringe Mortalität von unter 1 Prozent pro Jahr auftrat (s. Abb. 11). Dies ist weniger als bei normalen Durchforstungen entnommen wird. Von einer Bestandsgefährdung kann also keine Rede sein. Durch solche Einsätze werden gleichzeitig andere Insektenarten vergiftet, die essentielle Nahrungsgrundlage für Vögel und Fledermäuse sind. Im Zeitalter des massenhaften Artensterbens, insbesondere der Insekten, ist eine

solche Vorgehensweise überholt. Der BN fordert deshalb, dass derartige Begiftungen ausnahmslos zu unterlassen und zu verbieten sind.



Abbildung 11: Nach Kahlfraß wiederbelaubter Eichenwald bei Rüdisbronn im Landkreis Neustadt/Aisch (Jul. 2018) (Foto: Ralf Straußberger). Für diese Wälder hat Forstverwaltung einen Gifteinsatz gegen Schwammspinner-Raupen wegen Bestandsgefährdung vorgesehen, was der Eigentümer aber abgelehnt haben. Fazit: Bestandsgefährdung ist nicht gegeben!

8. Wälder ökologisch verträglich bewirtschaften, Holz schonend ernten

Um die gestressten Wälder besser gegen die Auswirkungen der Klimakrise zu wappnen, dürfen sie nicht "heißgeschlagen" werden. Dies heißt, dass sie in vielen Fällen dringend schonender bewirtschaftet werden müssen (vgl. Abb. 12). Und zwar durch eine ökologisch verträglichere Waldwirtschaft, die für die Holzerzeugung und Holzernte in Qualität und Quantität so schonend wie möglich in naturnahe Waldökosysteme eingreift.



Abbildung 12: Massive Auflichtung der Buchenwälder, wie im Forstbetrieb Rothenbuch, bedeuten das schnelle Ende des Buchenwaldes. Das muss aufhören! (Foto: Michael Kunkel, 2012, 2010, Abteilung Klarholz)

Hierfür ist endlich eine "Gute forstliche Praxis" zu definieren und im Bayerischen Waldgesetz sowie im Bundeswaldgesetz verbindlich zu verankern. Dazu muss in Bayern endlich ein Kahlschlagsverbot eingeführt werden, damit solche Jahrzehnte andauernde Fehlentwicklungen gestoppt werden können (s. Abb. 12).



Abbildung 13: Riesige Kahlschläge durchlöchern die vormals alten, naturnahe Buchenwälder im Löwenstein'schen Park im Spessart wie einen Emmentaler Käse. Schlecht für die Artenviefalt, schlecht für den Klimaschutz. Die Behörden konnten diesem Treiben bislang keinen Riegel vorschieben, weil das Bayerische Waldgesetz selbst riesige Kahlschläge nicht verbietet. Ein Umweltskandal besonderen Ausmaßes, der den Gesetzgeber fordert! (Foto: Ralf Straußberger, 2022).

Forst- und Holzwirtschaft, Handel, Politik, Verbraucher*innen - die Gesellschaft muss sich nach dem richten, was die Wälder nachhaltig leisten können, nicht umgekehrt. Dabei ist die Holzgewinnung ein wichtiger Aspekt, tritt aber in der Klimakrise hinter gemeinwohlbedingte Ökosystemdienstleistungen zurück. Vor dem Hintergrund der durch die Klimakrise bedingten Trockenstress, Hitze und Stürmen muss es das Ziel der Waldwirtschaft sein, die Wälder als Dauerwald, d.h. als andauernder Bestockung zu erhalten. Die Wälder sollen sich selbst stabilisieren und es soll mehr Feuchtigkeit im Wald verbleiben. Konkret bedeutet dies, dass bei Durchforstung und Holzernte i.d.R. weniger Holz entnommen werden soll, die Entwässerung der Wälder gestoppt wird und möglichst wenig Waldböden durch tonnenschwere Maschinen befahren und damit verdichtet werden. Es ist ausreichend starkes Totholz im Wald zu belassen, da dieses die Feuchtigkeit im Wald hält, um Wälder besser gegen Trockenstress und Brände zu wappnen. In dichten v.a. naturfernen Wäldern können auch stärkere Nutzungen sinnvoll sein, wobei diese zeitlich möglichst zu strecken sind. So gilt für die Holzernte und die Walderschließung: Der Wald darf dabei nicht so weit aufgelichtet werden, dass er durch Sonneneinstrahlung und Verdunstung austrocknet (s. Abb. 12, 13, 14) und die Bäume durch fehlende Nachbarn instabil werden. Der Waldboden als wichtiger Wasserspeicher muss bei der Holzernte schonend behandelt werden, Rückegassen müssen einen Mindestabstand von 40 Metern aufweisen. Das Alter (Umtriebszeit) und die Biomasse sollte in naturnahen Wäldern erheblich erhöht werden.



Abbildung 14: Für die Anlage von Eichensaatflächen werden in den Staatswäldern im Spessart die Altbestände brutal aufgelichtet und die Waldböden "beackert" (Foto: Michael Kunkel, 2019). Der BN meint: naturnahe Waldwirtschaft geht anders!

Der Landschaftswasserhaushalt darf nicht gestört, beziehungsweise muss naturraumtypisch wiederhergestellt werden, indem z.B. der Grundwasserspiegel angehoben wird, das Wasserrückhaltepotenzials der Waldböden erhöht und der Oberflächenabfluss vermindert oder verzögert wird (z.B. durch Ableitung der Wegseitengräben in die Waldbestände)

9. Kompetenzen in Laubholzwirtschaft und -verwertung ausbauen

Der schon vor Jahren eingeschlagene Weg einer naturnahe Forstwirtschaft bringt eine Verschiebung im Baumartenspektrum hin zu den heimischen Laubbäumen und Weißtanne mit sich. Die infolge der Klimakrise notwendigen Anpassungsprozesse werden diese Entwicklung verstärken. Zudem erfordert der Schutz der Biodiversität, die für Deutschland typische biologische Vielfalt der Laubmischwälder, insbesondere die der Rotbuchenwälder, zu erhalten, weil dies nur hier geschehen kann. Das müssen die deutsche Forst- wie Holzwirtschaft aufgreifen und ihre Kernkompetenz im Laubholz ausbauen, auch auf der Verwertungsseite. Dies ist als Wettbewerbsvorteil gegenüber der riesigen borealen Nadelwaldzone zu nutzen. Forschung und Wirtschaft sollen das Potential für Laubholzanbau und - verwertung weiterentwickeln und nutzen. Da die Holzverbrennung wegen der starken CO2-Emission zurückgefahren werden muss, sind alternative Absatzmöglichkeiten für Schwachholz bzw. qualitativ geringwertiges Holz auf den Weg zu bringen. Dies ist durch entsprechende staatliche Förderung zu



Abbildung 15: Der BN wirbt seit vielen Jahren für die Verwendung rotkernigen Buchenholzes im Möbelbau. Fotos (Ralf Straußberger): links Pressefahrt Schreinerei Möbelmacher und FBG Nürnberger Land (Unterkrumbach, 2002) und rechts Pressetermin beim Funier- und Sägewerk Mehling-Wiesmann, Lohr a. Main

unterstützen. Der BN wirbt seit vielen Jahren für die Verwendung von rotkernigem Buchenholz für den Möbelbau (s. Abb. 15). Seitdem wird das vorher oft kaum verkäufliche Rotkernholz häufiger auch im Möbelbau verwendet.

10. Fachlich fundierter Naturwaldverbund auf zehn Prozent der öffentlichen Waldfläche

Für den Erhalt des Potentials der biologischen Vielfalt unserer Wälder ist es unabdingbar, dass neben einer naturnahen Forstwirtschaft sich auf Teilflächen Naturwälder frei von forstlichen Eingriffen entwickeln dürfen. In diesen "Urwäldern von morgen" dürfen Bäume alt und dick werden und es werden seltene Tiere, Pflanzen und Pilze besonders geschützt. Die Forschung kann hier wertvolle Erkenntnisse gewinnen, wie sich der Wald in der Klimakrise selbst helfen kann. Das ist besonders wichtig, weil man so lernen kann, wie die Waldnatur mit der Klimakrise umgeht, welche Baumarten sich durchsetzen, wie sich Wälder erneuern, wie Wälder in Zeiten der Klimakrise am besten bewirtschaftet und angepasst werden. Diese Prozesse gilt es in Naturwäldern zu erforschen. Dazu müssen sie möglichst groß sein, wie z.B. in Nationalparken, damit keine störenden Randeinflüsse auftreten. Naturwälder haben ein feuchteres und kühleres Waldinnenklima. Sie können mehr Wasser speichern, mehr Kohlenstoff im Boden und in den Bäumen fixieren und sie bieten vor allem einen Lebensraum für Waldarten, die im Wirtschaftswald nicht oder kaum vorkommen. Im Forst dagegen kann die Hitze durch die starken Auflichtungen und Holznutzungen den Waldbäumen leichter zusetzen, die Waldböden trocknen aus. Die schweren Maschinen auf den vielen Fahrwegen im Forst verdichten die Böden. Die Fahrspuren leiten bei Regen das Wasser schnell aus dem Wald und reduzieren so die Wasserspeicherfähigkeit der Waldböden.



Abbildung 16: Naturwaldreservat Brunnstube – ein kleines geschütztes Naturjuwel im Bereich des diskutierten Nationalparks Steigerwald. In der nur wenige Hektar großen Kernfläche kann man 200 bis 300 Jahre alte Buchen bewundern. Ganz aktuell fanden Forstwissenschaftler heraus, dass geschützte Buchenwälder sich vor allem in den ersten Jahrzehnten nach der Nutzungseinstellung zu produktiven Kohlenstoffsenken entwickeln¹ - unersetzlich in der Klimakrise.

¹ Quelle: https://www.frontiersin.org/articles/10.3389/ffgc.2023.1099558/full

Der BN fordert, dass im Staatswald ein repräsentatives und kohärentes Naturwaldverbundsystem auf Basis eines fachlichen Konzeptes eingerichtet wird, was durch Naturwälder in den Wäldern des erden. Der Naturwaldverbund soll die natürlichen Waldgesellschaften landesweit repräsentieren und der Erhaltung und Erforschung solcher Wälder sowie der Sicherung der biologischen Vielfalt dienen. Dazu sollen kleine, mittlere und große Naturwaldkomplexe dauerhaft geschützt werden. Abgesehen von notwendigen Maßnahmen des Waldschutzes und der Verkehrssicherung soll in Naturwäldern dauerhaft keine Bewirtschaftung und keine Holzentnahme stattfinden. Neben Beiträgen des Bundes sollte der Naturwaldverbund durch dauerhafte und freiwillige Beträge der Kommunen und Privatwaldbesitzer ergänzt werden, was entsprechend gefördert werden sollen. im Hochgebirge wurde nahezu der gesamte Bestand des Latschengebüsches im Staatswald als Naturwald vor forstlichen Eingriffen geschützt (ca. 14.000 Hektar). Dies ist fachlich nicht notwendig und der Schutz ist aufzuheben. Stattdessen sind in Nordbayern die bislang unzureichend geschützten Buchenwälder durch einen Nationalpark Steigerwald (s. Abb. 16) und umfangreiche Kernzonen in einem Biosphärenreservaten Spessart (s. Abb. 17) zu schützen.

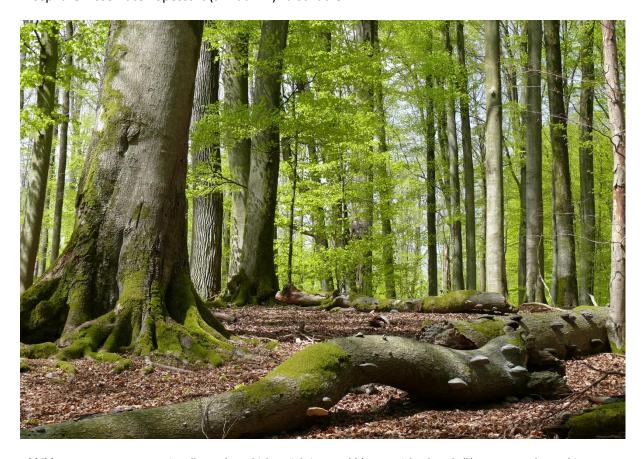


Abbildung 17: Der Metzger - ein toller und geschichtsträchtiger Wald (Foto: Michael Kunkel)! Das Naturschutzgebiet Metzgergraben-Krone im Spessart ist neben dem Naturschutzgebiet Rohrberg das einzige Gebiet in Bayern, das aufgrund einer Initiative für mehr Naturwälder am ersten deutschen Naturschutztag 1925 in München über viele Jahrzehnte hinweg als Naturwald geschützt wurde². Der Kernfläche, die 1928 geschützt wurde, beträgt 7,6 Hektar (Erweiterung 2006 um 6,6 Hektar). Auch wenn zwischenzeitlich Naturwälder und wenige Naturwaldreservate im Spessart geschützt werden, sind die allermeisten dieser Flächen zu klein. Der BN fordert deshalb ein Biosphärenreservat Spessart mit großen Kernzonen.

Stand: 20.06.2023

^{2 (}

² Quelle: https://kritischer-agrarbericht.de/fileadmin/Daten-KAB/KAB-2022/KAB_2022_249_254_Straussberger_Weiger.pdf